



1. Standardklauseln, die ohne besondere Vereinbarung gelten

1.1 Klausel zu §§ 21 bis 29 ARB - Vorvertraglicher Versicherungsschutz nach einer Vertragslaufzeit von mindestens 5 Jahren

Ist ein Rechtsschutzfall vor Versicherungsbeginn oder während der Wartezeit eingetreten, besteht Versicherungsschutz, wenn im Zeitpunkt der erstmaligen Geltendmachung eines Anspruches aufgrund vorgenannten Rechtsschutzfalles das betroffene Wagnis bei der DEURAG seit mindestens 5 Jahren versichert und der Beitrag gezahlt ist. Der Anspruch gilt als geltend gemacht, wenn er zumindest dem Grunde nach vom Versicherungsnehmer gegenüber einem anderen oder von einem anderen erhoben worden ist. Handelt es sich um die Erhebung eines Teilanspruches, ist dessen erstmalige Geltendmachung auch für den Restanspruch maßgeblich. Der Anwendungsbereich ist auf folgende Leistungsarten beschränkt:

- Schadensersatz-Rechtsschutz (§ 2 a ARB)
- Arbeits-Rechtsschutz (§ 2 b ARB)
- Wohnungs- und Grundstücks-Rechtsschutz (§ 2 c ARB)
- Rechtsschutz im Vertrags- und Sachenrecht (§ 2 d ARB)
- Sozialgerichts-Rechtsschutz (§ 2 f ARB)
- Daten-Rechtsschutz für Selbstständige, Firmen und Vereine (§ 2 i ARB)

Insoweit besteht über § 3 ARB hinaus kein Versicherungsschutz für die Wahrnehmung rechtlicher Interessen im Zusammenhang

- mit dem Erwerb oder der Veräußerung von dringlichen Rechten an Grundstücken, Gebäuden und Gebäudeteilen.
- oder mit Wertpapier-, Börsen-, Beteiligungs-, Kredit-, oder Kapitalanlagegeschäften jeder Art.

2. Klauseln, die nur bei besonderer Vereinbarung im Versicherungsschein gelten

2.1 Klausel zu § 28 Absatz 3 ARB -Berufs-Vertrags-Rechtsschutz -

Der Versicherungsschutz nach § 28 Absatz 3 ARB kann um die Leistungsart von § 2 d) ARB als Berufs-Vertrags-Rechtsschutz nach Maßgabe folgender Bestimmungen erweitert werden:

Versicherungsschutz besteht für die gerichtliche Wahrnehmung rechtlicher Interessen aus schuldrechtlichen Verträgen, die mit der im Versicherungsschein bezeichneten selbstständigen Tätigkeit des Versicherungsnehmers im Zusammenhang stehen.

Über die Ausschlüsse von § 3 ARB hinaus besteht kein Versicherungsschutz für die Wahrnehmung rechtlicher Interessen

- aus Versicherungsverträgen,
- aus dem Bereich des Handelsvertreterrechtes und des Maklerrechtes,
- von im selben Rechtsschutzvertrag versicherten Gemeinschaftspartnern untereinander in ursächlichem Zusammenhang mit Rechtsgemeinschaften jeder Art, auch nach deren Beendigung;

Die Bestimmung von § 4 Absatz 1 letzter Satz ARB (Wartezeit von drei Monaten ab Versicherungsbeginn) gilt entsprechend.

Versicherungsschutz besteht nur im Geltungsbereich Europa gemäß § 6 Absatz 1 ARB (§ 6 Absatz 2 ARB findet keine Anwendung).

Die Versicherungssumme gemäß § 5 Absatz 4 ARB beträgt 300.000 €. Sie bildet zugleich die Gesamthöchstleistung für alle in einem Kalenderjahr eingetretenen Rechtsschutzfälle.

Die vertraglich vereinbarte Selbstbeteiligung nach § 5 Absatz 3 c) ARB beträgt 250,- €.

2.2 Klausel zu § 24 Absätze 1 a), 2 bis 4 ARB - Rechtsschutz für das Kfz-Gewerbe -

Für Betriebe des Kfz-Handels und Kfz-Handwerks sowie für Fahrschulen und Tankstellen kann der Versicherungsschutz des § 24 Absätze 1a), 2 und 3 ARB erweitert werden um

- Verkehrs-Rechtsschutz gemäß § 21 Absätze 1, 4, 7 und 8 ARB für alle auf den Versicherungsnehmer zugelassenen oder auf seinen Namen mit einem Versicherungskennzeichen versehenen sowie in seinem Eigentum stehenden Motorfahrzeuge zu Lande sowie Anhänger und
- Fahrer-Rechtsschutz gemäß § 22 Absätze 2, 3 und 5 ARB.

Ausgeschlossen ist im Rahmen des § 21 Absatz 4 ARB der Rechtsschutz im Vertrags- und Sachenrecht (§ 2 d ARB) für

- Motorfahrzeuge, die nicht mit einem Versicherungskennzeichen auf den Namen des Versicherungsnehmers versehen sind,
- Motorfahrzeuge, die nicht, nur vorübergehend oder nur mit einem roten Kennzeichen auf den Versicherungsnehmer zugelassen sind,
- die Wahrnehmung rechtlicher Interessen aus Versicherungsverträgen.

2.3 Klausel zu § 28 ARB - Kombi-Rechtsschutz für das Kfz-Gewerbe -

Für Betriebe des Kfz-Handels und Kfz-Handwerks sowie für Fahrschulen und Tankstellen kann der Versicherungsschutz des § 28 ARB vereinbart werden.

Ausgeschlossen ist im Rahmen des § 28 Absatz 3 ARB der Rechtsschutz im Vertrags- und Sachenrecht (§ 2 d ARB) für

- Motorfahrzeuge, die nicht mit einem Versicherungskennzeichen auf den Namen des Versicherungsnehmers versehen sind,
- Motorfahrzeuge, die nicht, nur vorübergehend oder nur mit einem roten Kennzeichen auf den Versicherungsnehmer zugelassen sind,
- die Wahrnehmung rechtlicher Interessen aus Versicherungsverträgen, die sich auf Motorfahrzeuge beziehen.

2.4. Klausel zu § 28 Abs. 3 ARB – Berufs-Vertrags-Rechtsschutz für Versicherungsverträge

Der Versicherungsschutz des § 2 d) ARB kann auf die Wahrnehmung rechtlicher Interessen des Versicherungsnehmers aus Versicherungsverträgen, die mit der nach § 28 ARB versicherten beruflichen Tätigkeit in unmittelbarem Zusammenhang stehen, ausgedehnt werden.

Über § 3 ARB hinaus besteht kein Versicherungsschutz für die Wahrnehmung rechtlicher Interessen aus

- a) Verträgen über Motorfahrzeuge zu Lande, zu Wasser und in der Luft sowie Anhänger
- b) dem Rechtsschutzvertrag mit dem Versicherer.

Die Bestimmung von § 4 Absatz 1 letzter Satz ARB (Wartezeit von 3 Monaten ab Versicherungsbeginn) gilt entsprechend.

Versicherungsschutz besteht im Geltungsbereich Europa gemäß § 6 Absatz 1 ARB. § 6 Absatz 2 ARB findet keine Anwendung.

Die Versicherungssumme gemäß § 5 Absatz 4 ARB beträgt 300.000 €. Sie bildet zugleich die Gesamthöchstleistung für alle in einem Kalenderjahr eingetretenen Rechtsschutzfälle.

Die vertraglich vereinbarte Selbstbeteiligung nach § 5 Absatz 3 c) ARB beträgt 250,- €.

2.5 Klausel zu § 28 Absatz 3 ARB Berufs-Vertrags-Rechtsschutz für Hilfsgeschäfte -

Der Versicherungsschutz nach § 2 d) ARB kann auf die Wahrnehmung rechtlicher Interessen aus schuldrechtlichen Verträgen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit den Büro-, Praxis-, Betriebs- oder Werkstatträumen des Versicherungsnehmers und ihrer Einrichtungen stehen (Hilfsgeschäfte), ausgedehnt werden. Über die Ausschlüsse von § 3 ARB hinaus besteht, soweit nicht anders vereinbart, kein Versicherungsschutz für die Wahrnehmung rechtlicher Interessen aus

- Versicherungsverträgen und dem Bereich des Handelsvertreterrechtes;
- Miet-, Pacht-, Leasing- und vergleichbaren Nutzungsverhältnissen sowie der Anschaffung, Veräußerung, Finanzierung oder Belastung von Grundstücken, Gebäuden, Betrieben, Praxen oder Teilen hiervon;
- Verträgen, die nicht bloße Hilfsgeschäfte zur eigentlichen Tätigkeit des Betriebes oder der Berufsausübung sind, wie z. B. Erwerb oder Reparatur von Produktionsmaschinen.

Versicherungsschutz besteht nur im Geltungsbereich Europa gemäß § 6 Absatz 1 ARB § 6 Absatz 2 ARB findet keine Anwendung.

Die Bestimmung von § 4 Absatz 1 letzter Satz ARB (Wartezeit von drei Monaten ab Versicherungsbeginn) gilt entsprechend

Die Versicherungssumme gemäß § 5 Absatz 4 ARB beträgt 300.000 €. Sie bildet zugleich die Gesamthöchstleistung für alle in einem Kalenderjahr eingetretenen Rechtsschutzfälle.

Die vertraglich vereinbarte Selbstbeteiligung nach § 5 Absatz 3 c) ARB beträgt 250,- €.

3. Sonderbedingungen, die nur bei besonderer Vereinbarung gemäß Versicherungsschein gelten

3.1 Sonderbedingungen "Spezial-Straf-Rechtsschutz" (SSR) -

§ 1 Vertragsgegenstand

(1) Der Versicherungsschutz umfasst die Verteidigung in Straf- und Ordnungswidrigkeitenverfahren sowie in disziplinar- und standesrechtlichen Verfahren.

(2) Versicherungsschutz besteht im Rahmen der §§ 1 - 20 ARB mit Ausnahme der §§ 2, 3, 5, 6, 10, 15 und 18 ARB sowie der nachfolgenden Bestimmungen. Es gilt deutsches Recht.

§ 2 Persönlicher Geltungsbereich

(1) Versicherungsschutz besteht für die im Versicherungsschein bezeichnete, gewerbliche, freiberufliche oder sonstige selbstständige Tätigkeit des Versicherungsnehmers, sowie für die vom Versicherungsnehmer beschäftigten Personen in Ausübung ihrer beruflichen Tätigkeit für den Versicherungsnehmer. Weitere Inhaber oder gesetzliche Vertreter des Versicherungsnehmers sind mitversichert, soweit dies gemäß Versicherungsschein zusätzlich vereinbart ist.

(2) Für die nach Absatz 1 mitversicherten Personen gelten die den Versicherungsnehmer betreffenden Bestimmungen sinngemäß, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich bestimmt ist.

Der Versicherungsnehmer kann jedoch der Rechtsschutzgewährung für mitversicherte Personen widersprechen. Bei Vorwurf eines Vergehens, das nur vorsätzlich begangen werden kann, ist der Versicherungsschutz für mitversicherte Personen davon abhängig, dass der Versicherungsnehmer der Rechtsschutzgewährung zustimmt.

§ 3 Umfang der Versicherung

(1) Der Versicherungsschutz umfasst:

- a) Straf-Rechtsschutz für die Verteidigung wegen des Vorwurfes, ein Vergehen begangen zu haben.
Wird rechtskräftig festgestellt, dass der Versicherungsnehmer das Vergehen vorsätzlich begangen hat, ist er verpflichtet, dem Versicherer die Kosten zu erstatten, die dieser für die Verteidigung wegen des Vorwurfes eines vorsätzlichen Vergehens getragen hat. Bei Vorwurf eines Verbrechens besteht kein Versicherungsschutz. Dabei kommt es weder auf die Berechtigung des Vorwurfes noch auf den Ausgang des Strafverfahrens an;
 - b) Ordnungswidrigkeiten-Rechtsschutz für die Verteidigung wegen des Vorwurfes einer Ordnungswidrigkeit;
 - c) Disziplinar- und Standes-Rechtsschutz für die Verteidigung in disziplinar- und standesrechtlichen Verfahren.
- (2) Weiterhin umfasst der Versicherungsschutz:
- a) die verwaltungsrechtliche Tätigkeit eines Rechtsanwaltes, soweit diese notwendig ist, um die Verteidigung in einem eingeleiteten und vom Versicherungsschutz umfassten Straf- oder Ordnungswidrigkeitenverfahren zu unterstützen (Beistand im Verwaltungsrecht);
 - b) die Beistandsleistung durch einen Rechtsanwalt, wenn der Versicherungsnehmer in einem Straf- oder Ordnungswidrigkeitenverfahren als Zeuge vernommen wird und die Gefahr einer Selbstbelastung annehmen muss (Zeugenbeistandsleistung);
 - c) eine notwendige anwaltliche Stellungnahme (Firmen-Stellungnahme), soweit sich ein Ermittlungsverfahren auf das Unternehmen des Versicherungsnehmers erstreckt, ohne dass bestimmte Personen beschuldigt werden;
 - d) die Beistandsleistung durch einen Rechtsanwalt für eine dritte Person, die als Zeuge in einem Straf- oder Ordnungswidrigkeitenverfahren, das gegen den Versicherungsnehmer eingeleitet und vom Versicherungsschutz umfasst ist, vernommen wird und dabei die Gefahr einer Selbstbelastung annehmen muss (erweiterter Zeugenbeistand).

§ 4 Ausgeschlossene Rechtsangelegenheiten

(1) Rechtsschutz besteht nicht für die

- a) Verteidigung gegen den Vorwurf der Verletzung einer verkehrsrechtlichen Vorschrift des Straf- und Ordnungswidrigkeitenrechtes als Fahrer eines Motorfahrzeuges;
- b) Wahrnehmung rechtlicher Interessen in ursächlichem Zusammenhang mit einer kartellrechtlichen Angelegenheit;
- c) Verteidigung gegen den Vorwurf einer Steuer-Straftat, wenn das Ermittlungsverfahren durch eine Selbstanzeige ausgelöst wird.

(2) Bei einem Adhäsionsverfahren (Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen des Gegners) ist insoweit der Versicherungsschutz ausgeschlossen und trägt der Versicherer nur den auf das Strafverfahren entfallenden Kostenanteil.

§ 5 Voraussetzungen für den Anspruch auf Rechtsschutz

Anspruch auf Rechtsschutz besteht nach Eintritt des Rechtsschutzfalles innerhalb des versicherten Zeitraums. Abweichend von § 4 Absatz 1 c) ARB gilt als Rechtsschutzfall

- a) in Straf- und Ordnungswidrigkeitenverfahren die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen den Versicherungsnehmer

mer. Ein Ermittlungsverfahren gilt als eingeleitet, wenn es behördlich als solches verfügt ist;

- b) für den Zeugenbeistand nach § 3 Absatz 2 b) die mündliche oder schriftliche Aufforderung an den Versicherungsnehmer zur Zeugenaussage;
- c) in disziplinar- und standesrechtlichen Verfahren die Einleitung des Verfahrens gegen den Versicherungsnehmer. Das Verfahren gilt als eingeleitet, wenn es als solches von der Disziplinarbehörde bzw. Standesrechtsorganisation verfügt ist.

§ 6 Leistungsumfang

(1) Der Versicherer trägt

- a) die dem Versicherungsnehmer auferlegten Kosten des versicherten Verfahrens gemäß § 3 Absatz 1;
- b) die angemessene Vergütung sowie die üblichen Auslagen eines für den Versicherungsnehmer tätigen Rechtsanwaltes.
Die Angemessenheit der zwischen dem Rechtsanwalt und dem Versicherungsnehmer vereinbarten Vergütung überprüft der Versicherer in entsprechender Anwendung von § 3 Absatz 3 der Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte (BRAGO). Nach dieser Vorschrift kann eine mit dem Rechtsanwalt vereinbarte Vergütung, die unter Berücksichtigung aller Umstände unangemessen hoch ist, auf den angemessenen Betrag, der vom Versicherer zu übernehmen ist, herabgesetzt werden;
- c) die Reisekosten des Versicherungsnehmers für Reisen an den Ort des zuständigen ausländischen Gerichts, wenn dieses das persönliche Erscheinen des Versicherungsnehmers angeordnet hat. Die Reisekosten werden bis zur Höhe der für Geschäftsreisen von deutschen Rechtsanwälten geltenden Sätze übernommen;
- d) die angemessenen Kosten der vom Versicherungsnehmer in Auftrag gegebenen Sachverständigengutachten, die für seine Verteidigung in Straf- und Ordnungswidrigkeitenverfahren erforderlich sind;
- e) die einem Nebenkläger in einem Ermittlungs- oder Strafverfahren gegen den Versicherungsnehmer entstandenen Kosten, soweit der Versicherungsnehmer diese freiwillig übernimmt, um zu erreichen, dass das Verfahren eingestellt wird, obwohl ein hinreichender Tatverdacht fortbesteht. Die Rechtsanwaltskosten des gegnerischen Nebenklägers trägt der Versicherer bis zu Höhe der gesetzlichen Vergütung.

(2) Der Versicherer sorgt für die

- a) Übersetzung der für die Verteidigung und den Zeugenbeistand des Versicherungsnehmers im Ausland notwendigen schriftlichen Unterlagen und trägt die dabei anfallenden Kosten;
- b) Zahlung eines zinslosen Darlehens bis zur Höhe von 100.000 € für eine Kautionsdarlehen, die gestellt werden muss, um den Versicherungsnehmer einstweilen von Strafverfolgungsmaßnahmen zu verschonen.

Die vorgenannte Betragshöhe gilt in jedem Rechtsschutzfall als Gesamthöchstleistung für die Gewährung von Kautionsdarlehen. Zahlungen für den Versicherungsnehmer und mitversicherte Personen aufgrund desselben Rechtsschutzfalles werden hierbei zusammengerechnet. Dies gilt auch für Zahlungen aufgrund mehrerer Rechtsschutzfälle, die zeitlich und ursächlich zusammenhängen.

(3) Der Versicherer trägt nicht

- a) die im Versicherungsschein vereinbarte Selbstbeteiligung je Rechtsschutzfall nach § 5 ;
- b) Kosten, zu deren Übernahme ein anderer verpflichtet wäre, wenn keine Rechtsschutzversicherung bestünde;

- c) Zahlungen, die aufgrund einer anderen Rechtsschutzversicherung, insbesondere eines Vertrags nach §§ 24, 27 oder 28 ARB, zu erbringen sind;
- d) Rechtsanwaltskosten, die keine konkrete Anwaltsleistung abgelten. Das betrifft insbesondere die pauschale Vergütung für die bloße Mandatsübernahme oder die Bereitschaft des Betreibens der Angelegenheit (so genannte Antrittsgelder).

§ 7 Versicherungssumme

Die Versicherungssumme beträgt 300.000 €. Der Versicherer zahlt in jedem Rechtsschutzfall höchstens die vorgenannte Versicherungssumme. Zahlungen für den Versicherungsnehmer und mitversicherte Personen aufgrund desselben Rechtsschutzfalles werden hierbei zusammengerechnet. Dies gilt auch für Zahlungen aufgrund mehrerer Rechtsschutzfälle, die zeitlich und ursächlich zusammenhängen.

Die vorgenannte Versicherungssumme bildet zugleich die Gesamthöchstleistung für alle in einem Kalenderjahr eingetretenen Rechtsschutzfälle.

§ 8 Örtlicher Geltungsbereich

Der Versicherungsschutz bezieht sich auf Rechtsschutzfälle, die in Europa eingetreten sind und für die in diesem Bereich ein Gericht zuständig ist oder zuständig wäre, wenn ein gerichtliches Verfahren eingeleitet würde.

§ 9 Vertragsbeendigung

Besteht der Versicherungsschutz gemäß diesen Sonderbedingungen als Ergänzung zu einem Vertrag nach den ARB, hat die Beendigung eines solchen Vertrages zur Folge, dass zum gleichen Zeitpunkt auch diese Ergänzungsversicherung endet, ohne dass es einer besonderen Kündigung bedarf. In diesem Fall kann die Fortsetzung des Spezial-Straf-Rechtsschutzes nach dem dann gültigen Beitragstarif des Versicherers für einzelne Risiken vereinbart werden.